

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst laut der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Zwei die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14, Tel. 1769.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die 6-spaltigen Zeilen mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 37.

Dresden, Mittwoch den 14. Februar 1912.

23. Jahrg.

Die Präsidentenkrisis.

Unter sozialdemokratischer Leitung.

Berlin, 13. Februar.

Zentrums- und nationalliberale Verfahrensweise haben die Aufnahme der Reichstagsarbeit täglich verzögert. Welche unendlich trauriges Schauspiel führten in diesen Tagen jene Parteien auf, die sich als Hüter der Ordnung zu nennen pflegen. Der Zentrumsmann Dr. Spahn wird zum Präsidenten des Reichstags gewählt, er nimmt die Wahl an, aber am Tage darauf läßt sich seine Partei und er selbst von den blauen Fraktionen zur Niederlegung des Amtes und zu dem Versuch drängen, die Reichstagsmaschine von vornherein still zu legen. Die Nationalliberalen aber, die zunächst nach allerlei Schwankungen und Zerrungen ein wenig Ansehen schienen, ließen Verrat an den gestern behaupteten Anschauungen, Verrat, der den schlimmsten Fluch der Lächerlichkeit auf ihre Häupter sammelt.

Als der Abgeordnete Wasseremann am letzten Freitag seinen verlassen hatte, setzte das Gegenstück der reaktionären Kräfte des Nationalliberalismus ein. Telegramme aus den Organisationen im Lande wurden bestellt, in denen die Unwiderlichkeit ausgesprochen wurde, daß die Fraktion für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten und ein Teil sogar für Reich als Präsidenten des Reichstages gestimmt habe. Die Regierungsmänner und die Konservativen bearbeiteten und schickten die nationalliberalen Mannen ein, die nun voll Angst vor ihrem Heldennut den gröttesten Unfall vollbrachten. Die nationalliberale Fraktion beschloß nun, sich gleich dem Zentrum von der Teilnahme an diesem Präsidium zurückzuziehen.

Journalisten laurerten hinter der Präsidialobstruktion der Reaktionen noch andere Absichten. Die Konservativen hätten es am liebsten zur Auflösung des Reichstages gesehen. Sie lebten wohl der törichtsten Einbildung, daß sie besser davonkommen könnten bei einer Neuwahl unter der Leitung, es müsse ein arbeitsfähiger Reichstag geschaffen werden. Die Regierung soll jedoch diesen Planen überhand gelehrt haben. Sie erkennen wohl, daß die Lage durch den Versuch einer Verwirklichungspolitik nur verschlimmert werden würde. Sie werteten lieber auf günstigere Zeiten.

Ginge es nach den „Ordnungs“-Parteien, so wäre es jetzt in der Reichspolizei über um die Ordnung bestellt. Die Sozialdemokratie mußte die Ordnung und die Unternehmung eines geregelten Geschäftsganges auf sich nehmen. Unter der Leitung unseres Vizepräsidenten Scheidemann mußte der Reichstag seine Schritte vorwärts lenken. Es mag wohl sein, daß eine Koalition der Rechten mit den mittelweide völlig gezähmten Nationalliberalen nach vier Wochen bei der erneuten Wahl unseres Vizepräsidenten wieder ins Spiel bringen wird. Wir können schon jetzt sagen, daß auch das und ähnlich feinerlei Beträbnis bringen wird. Aber immerhin bleibt als ein interessanter, ja bedeutamer geschichtlicher Moment diese heutige Sitzung des Deutschen Reichstages, in der zum ersten Male ein Sozialdemokrat die Leitung des Reichstages übernahm. Mit Spannung wurde von allen Seiten diese Sitzung erwartet. Die Tribünen waren überfüllt. Aus zahllosen Regierungsbereitern waren am Bundesratsstisch anwesend; Scheidemann waltete auf dem Präsidensessel wehlich seines Amtes. Die verbliebenen Reaktionen laurerten, ob er vielleicht irgendein Versehen begehen würde, um ihm mit Lachen und Hohn zu überhütten. Aber sie fanden ganz und gar keinen Anlaß. Scheidemann bewies, was freilich für ein kleines Beweises bedurfte, daß ein Sozialdemokrat ganz ausgezeichnet befähigt ist, die Präsidentenbefugnisse im obersten deutschen Parlament auszuüben.

Freilich, die Sitzung war nur kurz. Nach der Bekanntgabe der Amtsniederlegung des Herrn Dr. Spahn wurde die Vertagung des Hauses auf Mittwoch beschlossen. Es soll zunächst ein neuer Präsident gewählt werden. Jedenfalls ist auch die Wahl eines neuen zweiten Vizepräsidenten nötig, denn nach Herr Baasche wird dem Druck weichen und wieder zurücktreten.

Da Konservative, Zentrum und auch Nationalliberale sich weigern, die Reichstagsgeschäfte zu führen, so ist es zu begreifen, daß die fortschrittliche Volkspartei fest bleibt und bereit ist, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages über die kritische Spur der ersten vier Wochen herbeizuführen. Herr Kaempf soll Präsident werden und auch ein zweiter Vizepräsident soll aus den Reihen dieser Partei zunächst entnommen werden. Dann kann endlich die Staatsberatung beginnen. Was aber die Wahl des Präsidiums nach vier Wochen bringen wird, das weiß heute niemand. Das Wahrscheinliche ist, daß bis dahin die „Sammlung“ aller „staatsverhaltenden“ Parteien gegen die Sozialdemokratie genugsam weit gediehen sein wird! Wir können es getrost abwarten. Wir sind gern bereit, die Verantwortlichkeiten, die uns aus der Größe unserer Partei und unserer parlamentarischen Vertretung erwachsen, auf uns zu nehmen. Wenn aber der Haß und die Angst der Volkseinde und von solchen Verantwortlichkeiten fernhalten, so sind wir in der angenehmen Lage, frei von jeder Rücksicht die ernennt und schweren Schritte zu führen, die uns bevorstehen!

Berlin, 13. Februar. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute im Laufe des Nachmittags eine weitere Sitzung abgehalten, in deren erstem Teil man sich mit der Präsidialfrage beschäftigte. Ein bestimmter Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt worden, da alle Verhandlungen sowie auch die Vespredungen mit Vertretern des Zentrums ohne positives Ergebnis geblieben sind. Vor der Sitzung am Mittwoch werden neue Vespredungen stattfinden. Der Abg. Baasche hat, der National-Geitung zufolge, bisher sein Mandat als zweiter Vizepräsident noch nicht niedergelegt. Er ist der Ansicht, daß es keine parlamentarische Pflicht sei, das Präsidium geschäftsfähig zu erhalten, bis die Kandidatenfrage gelöst ist. Infolgedessen wird Geheimrat Baasche erst nach der Wahl des Präsidenten von seinem Posten zurücktreten, und die zweite Ergänzungswahl dürfte deshalb vielleicht erst auf den Donnerstag anberaumt werden. Bei den Konservativen bestand übrigens die Absicht, den Reichstag heute auf vier Wochen zu vertagen, um Zeit zu gewinnen. Der Plan fand jedoch, obwohl er auch von Zentrumsobergeordneten gebilligt wurde, nicht die nötige Unterstützung.

Die Nationalliberalen in der Klemme.

Der nationalliberale Reichstagsfraktion geht's jetzt schlecht. Von allen Seiten legt es Prägeln. Von der einen Seite kommt man ihr auf den Hals, weil sie einmal ein bißchen Courage gezeigt hat, von der anderen, weil sie vor dieser Courage plötzlich schüchtern Angst bekommen hat. Und dabei konnte man im Grunde genommen von der braven Nationalliberalen gar nichts anderes erwarten, als das, was sie jetzt haben. Die Nationalliberalen sind nun einmal für Raarscheuten eine Partei gewesen, von deren Anhängern der eine immer das Gegenteil von dem gewollt hat, was der andere gern haben mochte. Wenn sie heute ein bißchen nach links spazieren, so marschieren sie morgen kräftig nach rechts. Die nationalliberale Fraktion ist mit ihrem Verhalten in der Präsidentenfrage nur alten nationalliberalen Traditionen gefolgt. Von einer Reihe orthodoxer nationalliberaler Organisationen sind mehr oder minder kräftige Entschließungsbeschlüsse gegen die Fraktion losgelassen worden. So macht, wie dem größten Teil unserer Leser schon mitgeteilt ist, der große Vorstand des Nationalliberalen Vereins in einer längeren, einstimmig angenommenen Resolution die Führer der Partei dafür verantwortlich, daß in einer so entscheidungsschweren Frage wie der Wahl des Reichstagspräsidenten die nationalliberale Reichstagsfraktion gespalten sein sollte. Von jeder Seite es das vornehmste Pflichtgefühl der nationalliberalen Partei gewesen, über alle national und sonstigen Parteirücksichten die unbedingte nationale Opferwilligkeit zu stellen. Dagegen ist durch die Stimmabgabe für Vebel und Scheidemann in unerhörter Weise verstoßen worden. Die Entschuldig darüber in den Kreisen der Partei sei so groß, daß die Zukunft der Partei direkt gefährdet erscheine. Der Verein fordert schließlich Einberufung des Vorstandes und des allgemeinen Parteitag, um mit größtmöglicher Entschlossenheit volle Klarheit zu schaffen.

Der Provinzialverband Schlesens der nationalliberalen Partei hat an den Reichstagsabgeordneten Wasseremann ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Wir bedauern aufrichtig, daß Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion ihre Stimme für Vebel als Präsidenten des Reichstages abgeben konnten.

Natürlich fehlen unsere Dresdener Nationalliberalen dabei auch nicht. Am Montagabend trat der Gesamtverband des nationalliberalen deutschen Reichvereins Dresden zu einer Ausdrucksüber die Vorgänge bei der Bildung des Reichstagspräsidenten zusammen. Einstimmig und entschieden mißbilligte man die Tatsache, daß nationalliberale Stimmen bei der Wahl des ersten Präsidenten auf den Führer der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Vebel, gefallen seien.

Ferner nahm der Vorstand der nationalliberalen Partei im Wahlkreis Siegen einstimmig eine Entschließung an, welche großes Befremden darüber ausdrückt, daß nationalliberale Abgeordnete Stimmzettel für Vebel abgegeben und schließlich einen Sozialdemokraten gewählt haben.

Sehr scharf greifen eine Anzahl rechtsnationalliberale Blätter die Fraktion an. Die rechtsnationalliberale Braunschweiger Landeszeitung äußert:

„Die nationalliberale Fraktion wolle ein aus ‚Schwarzblau‘ und ‚Reichsblau‘ gemischtes Präsidium, warum sie dann aber das Reichsblau nicht selbst freikonservativ, nationalliberale Präsidium, das sie hätte haben können, nicht sofort ins Auge faßte und herbeiführte, das ist die eine der absoluten Unbegreiflichkeiten, die unseren Siegern ein Kapitulationsmaterial begreiflich machen, die in ihren künftigen Träumen nicht erhofft haben.“

Sehr erregt fordern die scharfmaderischen Hamburger Räder eine „reine Entscheidung“. Es heißt in dem Artikel:

„Der den Angehörigen einer solchen Partei (der Sozialdemokratie, d. Red.) zum Tage im höchsten Ehrenrat des deutschen Volkes vertritt, begehrt ein Verbrechen nicht nur am Vaterlande, nicht nur an der Monarchie, nicht nur an der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch an allen idealen und ethischen Kulturwerten der Nation. Er begnadigt sich zum Verräter der Sozialdemokratie, die ihrerseits wieder der Verräterin und Verräterin der blühenden, behaltlichen Verbrechen ist. Dem mit zur Zeit der russischen Revolution mit Entgegen Neuere gewesen sind. Dieser Verräterhaftigkeit aber hat sich

die Mehrheit der nationalliberalen Partei im Reichstags (Auldy gemacht, als sie für Herrn Vebel und für Herrn Scheidemann stimmte. Diese Tatsache kann nicht ungehört gemacht werden. Sie schließt die Mehrheit der Nationalliberalen von der Gemeinschaft aller patriotisch gesinnten Deutschen aus. Aufgabe wie Pflicht der letzteren muß es sein, die Konsequenz hieraus zu ziehen, d. h. jede weitere politische Gemeinschaft mit den Nationalliberalen dieser Richtung aufzugeben.“

Auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung und die Berliner Vorzeitung greifen die Fraktion an, weil sie bei der Präsidentenwahl bei Vizepräsidentenwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt hat.

Inzwischen haben sich aber auch die auf dem linken Flügel der Partei Stehenden zu regen angefangen.

Die badischen Nationalliberalen haben gegen eine Rechtschwenkung der Nationalliberalen Stellung genommen. Die badische nationalliberale Landtagsfraktion hat einstimmig beschlossen, folgendes Telegramm an den Vorstand der Fraktion der Nationalliberalen im Reichstag zu senden: „Wir beklagen einstimmig und auf das tiefste den Beschluß der Fraktion, sich an der Bildung des Reichstagspräsidenten nicht weiter beteiligen zu wollen und bitten dringend, an dem Zusammengehen der Linken festzuhalten.“

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Der Grund, daß bei der einmal geschlossenen Sachlage die Sozialdemokratie im Präsidium vertreten sein müsse, wird der ruhiger Überlegung geliegt werden können. Er entspricht schließlich dem Gedächtnis der Richtigkeit; ebenso auch der Notwendigkeit, die numerisch stärkste Partei des Reichstages zu zwingen, an der Leitung der Geschäfte teilzunehmen und für damit selbst für eine ordnungsmäßige Verleitung der Reichstagsgeschäfte einzustehen.

Es ist selbstverständlich, daß aus der inzwischen erfolgten Niederlegung des Präsidiums durch Herrn Spahn nichts gegen die Folgerichtigkeit der vorhergehenden Entscheidungen begehrt werden kann.

Werner berichtete das Württembergische Bureau über eine Wandgebung einer Verammlung nationalliberaler Vertrauensmänner aus dem Reich, die sich gegen die Haltung der Reichstagsfraktion wandte. Ueber das Zustandekommen dieser Verammlung „der Vertrauensmänner aus dem Reich“ schreibt man die linksnationalliberale Nationalzeitung:

„Wir meinen, daß die nationalliberale Fraktion alle Verantwortung für die oben genannten Unfälle zu übernehmen und ihre Hintermänner vor der Öffentlichkeit nicht zu schonen. Von Standpunkte der Parteipolitik betrachtet ist dieser Versuch unerschütterlich, denn die maßgebenden Männer haben, wie sie persönlich beschwerten, von der Leitung der heimatlichen Vertrauensmänner“ und ihrem Beschluß nicht das geringste gewußt. Wie zur Stunde ist das Geheimnis immer noch nicht geklärt. Es heißt, daß die „Vertrauensmänner“ aus Schlesien, Holstein und aus Westfalen kamen und daß die Landesabgeordneten Dr. Schifferer und Dr. Hoermann der Tagesordnung nicht fernblieben. Jedenfalls wird sich die nationalliberale Landtagsfraktion offiziell mit der Sache beschäftigen und denjenigen ihrer Mitglieder, die an dem Zustandekommen der „Entscheidung“ mitgewirkt haben, klar machen, daß es nicht genügend ist, in schwächerer Lage hier in den Rücken zu fallen.“

Es geht bei den Nationalliberalen alles drunter und drüber. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß der Vorschlag auftaucht, die Nationalliberalen sollten sich auflösen. Im Deutschen Osten macht ein ungenannter „nambaster nationalliberaler Politiker“ den Vorschlag, die nationalliberale Partei solle sich auflösen, und der rechte Flügel solle zur Reichspartei, der linke zur fortschrittlichen Volkspartei übergehen. Der nambaster Politiker erklärt:

„Soweit ich doch ganz klar, die meisten Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, die für und feine, die gegen den ‚Präsidenten‘ Vebel gestimmt haben, können einander gar nicht vertragen; sie reden ganz verschiedene Sprachen. Das es ‚Jede‘ und ‚Sinn‘, das Band einer gemeinsamen Fraktion um sie zu schließen? Seien wir doch ehrlich und folgerichtig! — Jene Hälfte, die für Vebel gestimmt, schätze sich mit ihrem Anhang im Lande nämlich zur fortschrittlichen Volkspartei, in deren Rang sie gehandelt und der sie sich auch fernerhin mit rotem Blut derheben. Das Vebel aber, das die Stellung gegen Vebel genommen, gliedere sich der Reichspartei an, verheißt ihr zu der festen Organisation, deren sie (mit Ausschluß des letzten Wahlergebnisses) nicht länger entraten kann, und demne den Reformier, der von jener Seite neuerdings zum Ausdruck gekommen ist. Der Rest der Unentschlossenen wird sich dann entweder in Wohlgefallen auflösen oder aber versuchen, eine Kampfpartei zu bilden und den Nationalliberalismus über Wasser zu halten, bis er wieder Land unter seinen Füßen findet.“

Wir glauben nicht, daß es zu einer solchen Spaltung kommen wird. Die Herren von der Großindustrie und die andern rechtsgerichteten Elemente in der nationalliberalen Partei wären allerdings wohl herzlich froh, wenn sie Leute wie Wasseremann, die so oft nach links schielen, los wären. Sie dürften sich aber wohl darüber klar sein, daß sie allein keine Partei bilden können, die auch bei den Wahlen Landkarte bekommt. Um bei der Reichstagswahl Stimmen zu erhalten, braucht man eine Partei, die wenigstens ab und zu sich als liberal ausspielt und Führer hat, die von Zeit zu Zeit einmal eine Rede gegen rechts halten. Ein Anschlag an die freikonservative Partei würde den Herrschaften nichts nützen, denn diese Partei besteht nur aus ein paar Offizieren ohne Soldaten. Andererseits dürfte die dem größten Teil der mehr nach links gerichteten Kreise der Partei gar nicht der Wut vorbanden sein, sich von den rechtsnationalliberalen zu trennen. Was soll denn aus der